

KlarText



Bund der Steuerzahler in Bayern

**Rolf Baron
von Hohenhausen**
Wir lassen die Bauern
nicht im Stich!

Bernhard Loos
Politik für den Mittelstand

Dr. Wolfgang Schäuble
Dankbare Erinnerung

Peter Erl
Gefahren für die
Demokratie

A photograph of Eric Beißwenger, a man in a dark suit and tie, smiling and holding the wooden steering wheel of a ship. The background features the German flag and the European Union flag.

Neu am Steuer bayerischer Europapolitik
Europaminister Eric Beißwenger im
Austausch mit dem Bund der Steuerzahler

„Klartext“ im Januar/Februar:

- 2 **Rolf von Hohenhau**
Wir lassen die Bauern nicht im Stich!
- 3 **Eric Beißwenger**
„Ich bekenne mich klar zu Europa als einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und der wirtschaftlichen Prosperität“
Bayern ist nicht nur Teil Europas, sondern Europa braucht Bayern
- 5 **TAE Award**
Preisträger Dr. Magnus Brunner, LL. M., Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich
- 6 **Antrittsbesuch und Meinungsaustausch bei Staatsminister Eric Beißwenger**
- 7 **Bertram Brossardt**
Der Euro – eine beispiellose Erfolgsgeschichte von Frieden und Wohlstand
- 7 **Gesundheitssiegel für den Bund der Steuerzahler**
- 8 **Bernhard Loos**
Auf die Wirtschaft kommt es an: Mittelstand und Handwerk zukunftssicher machen
- 10 **Dr. Wolfgang Schäuble**
Dankbare Erinnerung
- 10 „MeinELSTER+“ ein voller Erfolg
- 11 **Dipl.-Ing. Peter Erl**
„Wir werden es nicht schaffen...“
Falsche Signale an Migranten und Schleuser
- 12 **Ruth Müller**
Landwirtschaft muss entlastet statt belastet werden
Kritik an den Haushaltsplänen des Bundes
- 13 **Rolf Baron von Hohenhau**
Die Proteste sind berechtigt – wir dürfen unsere Bauern nicht im Stich lassen
- 13 **Albert Füracker**
Landwirte nicht durch das Haushaltschaos der Bundesregierung belasten
- 14 **Rudolf G. Maier**
Geburtstagsglückwünsche
- 15 **Mitgliedsbetriebe stellen sich vor**
- 16 **Dank und Anerkennung**
Jubiläumsmitglieder im Januar und Februar



Wir lassen die Bauern nicht im Stich!

Rolf Baron von Hohenhau,
Präsident

Liebe Mitglieder,

der Bund der Steuerzahler hat sich unter anderem mit einer Presseinformation für die berechtigten Interessen unserer Bauern eingesetzt. Es war auf dem Höhepunkt der Proteste ein dringender Appell an Politik und die Bevölkerung, die Bauern in der jetzigen Situation nicht im Regen stehen zu lassen. Die Proteste der Landwirte waren eine logische Konsequenz aus einer jahrzehntelangen Politik zulasten der kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe. Allein in Bayern mussten seit 2005 geschätzt 30.000 landwirtschaftliche Betriebe aufgeben.

Die Gründe waren vielfältig. Ständig neue Auflagen in den Bereichen Tierhaltung, Klimaschutz oder Umweltschutz. Insgesamt eine überbordende Bürokratie, die die Landwirtschaft bis heute schwerstens behindert. Hinzu kamen ständig steigende Preise in allen wesentlichen Kostenbereichen. Auch die bevorzugte Förderung der Großbetriebe belastete die bäuerlichen Strukturen.

Die seit Jahren erhobene Forderung des Bundes der Steuerzahler, statt der einseitigen Objektförderung zur Subjektförderung zu wechseln, um den bäuerlichen Existenzen wirkungsvoll unter die Arme greifen zu können, blieb bisher ungehört.

Nachdem die Verantwortlichen aus den vielen Fehlern der Vergangenheit nichts gelernt haben, verwundert es nicht, dass jetzt den Landwirten der Kragen geplatzt ist. Ich bin überzeugt, dass letztlich Bundeskanzler Scholz keine andere Wahl bleibt, als die unsinnige Steuererhöhung, um nichts anderes handelt es sich, zurückzunehmen. Doch zurück zum Anlass der Proteste: Die Ampelkoalition plante ursprünglich für den Haushalt 2024 die Agrardiesel-Rückvergütung und die Kfz-Steuerbefreiung für land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge ersatzlos zu streichen. Allein diese beiden Maßnahmen hätten für die landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland eine Mehrbelastung von rund 920 Millionen Euro pro Jahr bewirkt. Eine Steuererhöhung in dieser Größenordnung für eine einzige Branche war bisher beispiellos. Diese Steuererhöhung war aber auch grob unverhältnismäßig. Zum Zeitpunkt der Proteste und Demonstrationen hielt die Bundesregierung nach erstem Einlenken noch an einer Mehrbelastung von rund 440 Millionen Euro durch die stufenweise Abschaffung der Agrardiesel-Rückerstattung fest. Ich bin sicher, damit ist noch nicht das letzte Wort gesprochen.

Es wird aktuell wieder viel über die „hochsubventionierte Landwirtschaft“ diskutiert. Ein Faktencheck zeigt, dass davon keine Rede sein kann. Der Beweis, dass die geplante Streichung der Agrardiesel-Rückerstattung eine Steuererhöhung ist, lässt sich unschwer führen: Durch diese Rückerstattung wird die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirte innerhalb der EU sichergestellt. Die Dieselsteuer dient vor allem dem Unterhalt der Hauptverkehrsstraßen, die die Landwirte mit ihren Traktoren in der Regel kaum befahren. Der Bauernverband verdeutlicht das Problem mit einem Vergleich: „Niemand käme auf die Idee, die Mineralölsteuer für Heizöl, 6,14 Cent je Liter, auf das Niveau der Energiesteuer für Diesel, 47,04 Cent je Liter, anzuheben und das ernsthaft als Subventionsabbau zu bezeichnen.“ Ich stimme auch der Feststellung zu, dass diese „Subventionen“ vor allem ein Lastenausgleich für gesellschaftlich gewünschte Leistungen, wie Umwelt- und Biodiversitätsmaßnahmen sind. Es gilt auch die aktuelle Situation einzubeziehen. Ohne die Unterstützungsmaßnahmen würde den Landwirten rund die Hälfte ihres Einkommens fehlen. Die Folgen wären absehbar. Ein großer Teil der Familienbetriebe müssten aufgeben. Die Lebensmittelpreise würden dramatisch ansteigen. Menschen mit geringem Einkommen würden besonders stark belastet. Ein noch größerer Prozentsatz der Lebensmittel müsste importiert werden. Jeder Einfluss auf Produktionsstandards ginge verloren. Dies möchte ich den Ampelparteien, besonders den Grünen, die den Bundeslandwirtschaftsminister stellen, ins Stammbuch schreiben.

Wir appellieren als Bund der Steuerzahler an die Vernunft der politischen Entscheidungsträger. Sie sollten, statt die Steuerschraube weiter anzuziehen, dafür sorgen, dass auch in Zukunft junge Landwirte bereit und in der Lage sind, die Betriebe ihrer Eltern zu übernehmen. Wir haben uns das Protestmotto der Landwirte: „Zu viel ist zu viel! Jetzt ist Schluss!“ zu eigen gemacht. Der Bund der Steuerzahler in Bayern unterstützt die Bauern und fordert den Bundeskanzler auf, mit einem Machtwort die Steuererhöhungen zurückzunehmen.

In diesem Sinne

mit herzlichen Grüßen

Ihr Rolf Baron von Hohenhau, Präsident



Antrittsbesuch bei Eric Beißwenger, Staatsminister für Europaangelegenheiten und Internationales, Bildmitte. Die Vertreter des Bundes der Steuerzahler Rolf Baron von Hohenhau, Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern, rechts, und Michael Jäger, Präsident des europäischen Bundes der Steuerzahler, nutzten den Meinungsaustausch in der Staatskanzlei, auch um Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Sinne der bayerischen und europäischen Steuerzahler auszuloten. Der ermöglichte Antrittsbesuch bereits zu Beginn der Amtszeit des neuen Europaministers wurde als beste Voraussetzung gewertet, künftig gemeinsam gute Ergebnisse im Sinne der Steuerzahler zu erreichen. *Foto: Maier*

„Ich bekenne mich klar zu Europa als einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und der wirtschaftlichen Prosperität“

Europaminister Eric Beißwenger: Bayern ist nicht nur Teil Europas, sondern Europa braucht Bayern

Im Interview mit „Klartext“, der Zeitung des Bundes der Steuerzahler, präzisiert Eric Beißwenger, der neue Staatsminister für Europaangelegenheiten und Internationales, die im Antrittsgespräch in der Staatskanzlei mit Rolf Baron von Hohenhau, Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern, sowie Michael Jäger, Präsident des europäischen Bundes der Steuerzahler, diskutierten Themen. Die Krisen der Gegenwart, aber auch die großen Zukunftsaufgaben lassen sich nur gemeinsam mit den europäischen und internationalen Partnern erfolgreich gestalten. Er unterstützt die Stellen in Bayern, die europapolitische Anliegen haben, von der Wirtschaft und Wissenschaft über Verbände und Organisationen in allen Bereichen, bis hin zu den Kommunen und den Kirchen. Kritik übt Staatsminister Beißwenger an der Arbeitsweise der EU, die im Grundsatz gute und richtige Ziele verfolge, in der konkreten Regelung dann aber übers Ziel hinausschieße. Beispiele seien das Lieferkettengesetz oder die Gebäudeenergieeffizienz-Richtlinie. Klartext auch mit Blick auf die Bundespolitik: „Für den kurzfristigen Machterhalt werden Wohlstand und Arbeitsplätze in unserem Land weiter zerstört. Unsere europäischen Nachbarn reiben

sich die Augen und/oder die Hände. Die Ampel lässt unser Land den Bach runtergehen.“ Die Aufgabenbeschreibung als Europaminister, die internationale Politik an den Beispielen Israel und der Ukraine, die Möglichkeiten der bayerischen Vertretung in Brüssel sowie abschließend die Zusammenarbeit mit den bayerischen Europaabgeordneten sind weitere Schwerpunkte des Interviews. Die Fragen stellte Chefredakteur Rudolf G. Maier.

Klartext: Herr Staatsminister, zunächst auch von der Redaktion von „Klartext“ herzliche Glückwünsche zur Berufung als Staatsminister für Europaangelegenheiten und Internationales. Gehen wir gleich in medias res: Für welche Bereiche sind Sie verantwortlich?

Eric Beißwenger: Meine Aufgabe ist es, die Zusammenarbeit Bayerns innerhalb Europas und weltweit zu stärken und internationale Partnerschaften weiterzuentwickeln. Ich bekenne mich klar zu Europa als einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und der wirtschaftlichen Prosperität. Dabei sehe ich es auch als meine Aufgabe an, deutlich bayerische Interessen zu vertreten – vor allem in Brüssel. Die Krisen der Gegenwart, aber

auch die großen Zukunftsaufgaben lassen sich nur gemeinsam mit unseren europäischen und internationalen Partnern erfolgreich gestalten. Ich koordiniere die Europaangelegenheiten innerhalb der Staatsregierung und befasse mich insbesondere mit den Grundsatzfragen der EU und ihrer Entwicklung sowie der Betreuung von herausgehobenen Themen von ressortübergreifender Bedeutung, wie dem Haushalt der EU oder den Klimaschutzmaßnahmen. Ich unterstütze die Stellen in Bayern, die europapolitische Anliegen haben, von der Wirtschaft und Wissenschaft über Verbände und Organisationen in allen Bereichen bis hin zu den Kommunen und den Kirchen.

Klartext: Von Ihnen ist bekannt, dass Sie auch gelegentlich Klartext reden. Welcher Vorgang beziehungsweise welche Entwicklung verdient heute ein klares Wort und eine dazu passende Entscheidung von Ihnen?

Eric Beißwenger: Es ist leider oft so, dass die EU im Grundsatz gute und richtige Ziele verfolgt, in der konkreten Regelung dann aber übers Ziel hinausschießt. Beispiel: Lieferkettengesetz. Mit der Richtlinie will die EU Unternehmen zur Rechenschaft ziehen, wenn

sie etwa von Kinder- oder Zwangsarbeit außerhalb der EU profitieren. Tatsächlich drohen mit dem Gesetz aber große Bürokratielasten. Die Richtlinie schwächt unsere Unternehmen im internationalen Wettbewerb zu einer Zeit, in der sie ohnehin bereits mit Wettbewerbsnachteilen wie hohen Energie- und Bürokratiekosten oder mit Fachkräftemangel zu kämpfen haben. Ich befürchte, dass wir im Endeffekt den Menschenrechten und dem Klima nichts Gutes tun, wenn sich unsere Unternehmen zum Beispiel aus Afrika zurückziehen und vor Ort Unternehmen aus Ländern in die Lücke stoßen, die sich nicht im Geringsten um Umwelt- und Sozialstandards sorgen. Ein weiteres Beispiel ist die Gebäudeenergieeffizienz-Richtlinie. Sie hat das Ziel, den gesamten Gebäudebestand in der EU bis 2050 in Nullemissionsgebäude umzuwandeln. Bayern hat sich erfolgreich gegen weitreichende Vorgaben eingesetzt, die schließlich einen Sanierungszwang bedeutet hätten. Eigentümern und Mietern hätte eine Kostenexplosion gedroht. Die Pläne hätten gravierende Folgen für die Wohnraumversorgung in Deutschland, gerade im sozialen Wohnungsbau gehabt.

Klartext: Sie haben sich unter anderem mit dem Zitat vorgestellt: „Bayern ist die Mitte Europas, anders kann ich es nicht ausdrücken. Bayern ist nicht nur Teil Europas, sondern Europa braucht Bayern.“ Gibt es dazu Praxisbeispiele, die Sie bearbeiten werden, beziehungsweise denen Sie Ihr besonderes Interesse widmen?

Eric Beißwenger: Bayern ist ganz klar ein wichtiger Akteur im europäischen Gefüge. Wäre Bayern selbständig, wären wir die sechstgrößte Volkswirtschaft in der EU. Europa muss an Lösungen für die großen Herausforderungen bei Migration, Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Klimaneutralität arbeiten. Hierfür braucht es ein starkes Bayern in einem starken Europa. Wichtige Hebel sind hier eine konsequente Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips und – besonders wichtig – der Bürokratieabbau. Wir wollen Entbürokratisierungspotentiale identifizieren und unnötige Bürokratie beseitigen. Ich denke da beispielsweise an das europäische Lieferkettengesetz, an die EU-Datenschutzgrundverordnung und an die europäischen Ökodesign-Regelungen. Im Idealfall sollte die bayerische Paragraphenbremse „One in, two out“ auch für die EU gelten. Das heißt, für jede neue Vorschrift müssen zwei alte wegfallen. Statt mehr Bürokratie wollen wir mehr Wettbewerbsfähigkeit, für ein wirt-

Staatsminister Eric Beißwenger



Der Staatsminister für Europaangelegenheiten und Internationales ist verantwortlich für die Europaangelegenheiten des Freistaats Bayern. Er koordiniert die Europapolitik, pflegt die Beziehungen Bayerns nach außen und beobachtet wichtige politische Vorgänge bei der Europäischen Union. Eric Beißwenger ist seit dem 8. November 2023 Staatsminister für Europaangelegenheiten und Internationales.

Geboren 1972, evangelisch, verheiratet, zwei Söhne

Seit 7. Oktober 2013 Mitglied des Landtags

Seit 8. November 2023 Staatsminister für Europaangelegenheiten und Internationales

Abitur, Ausbildung zum Bankkaufmann

Ehemaliger Bio-Bauer

Stimmkreis Lindau, Sonthofen

Schwäbischer Bezirksvorsitzender und stellvertretender Landesvorsitzender der Mittelstandsunion

Präsident der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Bergbauern

Stellvertretendes Mitglied des Bundesrates für den Freistaat Bayern

Mitglied der Europakammer des Bundesrates

Mitglied des Ausschusses für Fragen der Europäischen Union

schaftlich starkes und stabiles Europa. Davon profitiert vor allem auch Bayern.

Klartext: Auch wenn Sie Europaminister sind, werden Sie mit Interesse die Bundespolitik und ihre Auswirkungen auf die Steuerzahler verfolgen?

Eric Beißwenger: Selbstverständlich! Ich bin ja auch Steuerzahler. Leider kann einen die aktuelle Ampelpolitik richtig auf die Palme bringen. Bundeskanzler Olaf Scholz hatte in seiner Regierungserklärung behauptet, die Bürgerinnen und Bürger würden die Auswirkungen des Bundesverfassungsgerichtsurteils nicht zu spüren bekommen. Das war einfach nur Blabla! Steuern und Abgaben werden erhöht, Strom wird teurer, Heizen wird teurer. Eine immense Umverteilung von den Steuerzahlern zu den Nicht-Zahlern. Mitten in die Rezession hinein werden finanzielle Unterstützungen für die Industrie weiter gekürzt. Für den kurzfristigen Machterhalt werden Wohlstand und Arbeitsplätze in unserem Land weiter zerstört. Unsere europäischen Nachbarn reiben sich die Augen und/oder die Hände. Die Ampel lässt unser Land den Bach runtergehen.

Klartext: Sie haben laut Aufgabenbeschreibung auch wichtige politische Vorgänge bei der Europäischen Union zu beobachten. Welcher Mitarbeiterstab steht Ihnen zur Verfügung?

Eric Beißwenger: Als Staatsminister für Europaangelegenheiten und Internationales bin ich in der Staatskanzlei angesiedelt, also direkt beim Ministerpräsidenten. Unterstützt werde ich vom kompletten Personal der Staatskanzlei, insbesondere den Kolleginnen und Kollegen, die für die europäischen und internationalen Themen zuständig sind. Zudem hat die Staatskanzlei in der ganzen Welt zahlreiche Vertretungen – in Prag, London, und Kiew, in Tel Aviv, Addis Abeba und Montreal. Hinzu kommt die Bayerische Vertretung in Brüssel, als einzigartige Austauschplattform zu allen europäischen Themen. Dieses starke Netzwerk unterstützt mich dabei, Bayerns Kontakte in die Welt zu knüpfen und unsere internationalen Beziehungen zu pflegen und auszubauen.

Klartext: Aktuelle Stichworte der internationalen Politik sind Israel und die Ukraine. Während wir dieses Interview führen, besucht Ministerpräsident Dr. Markus Söder Israel. Welche Unterstützung ist von Bayern aus möglich?

Eric Beißwenger: Ministerpräsident Dr. Söder war vom 13. bis 15. Dezember – im Rahmen seiner ersten Reise als wiedergewählter Ministerpräsident – in Israel, um angesichts des barbarischen Angriffs der Hamas seine Solidarität mit Israel auszudrücken und ein deutliches Zeichen gegen Juden Hass und Antisemitismus zu setzen. Klar ist: die bayerisch-israelischen Beziehungen sind für uns etwas ganz Besonderes und Kostbares, und wir wollen diese enge Partnerschaft mit Israel weiter ausbauen. Das Bayerische Büro in Tel Aviv spielt hier eine zentrale Rolle, mit vielen Projekten und Initiativen in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Bildung. Bayern steht ebenso solidarisch an der Seite der Ukraine. Die Staatsregierung verurteilt den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und die rechtswidrige Annexion der Krim und weiterer ukrainischer Regionen auf das Schärfste. Die Staatsregierung hat unmittelbar nach Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine umfangreiche Hilfen geleistet und diese seitdem weiter ausgebaut. Mit Ministerratsbeschluss vom März 2023 wurden die bayerischen Hilfen auf insgesamt zehn Millionen Euro erhöht. Zusätzlich hat Bayern rund 158.000 Ukraine-Flüchtlinge aufgenommen – und damit mehr als ganz Frankreich. Das Bayerische Büro in Kiew ist seit Kriegsbeginn weiterhin durchgehend besetzt.

Klartext: Herr Beißwenger, Sie sind der vielfach beneidete Staatsminister, der in Brüssel in einem Schloss residieren kann. Können Sie die Aufgabenbereiche der im Volksmund sogenannten „Bayerischen Botschaft“ in Brüssel vorstellen?

Eric Beißwenger: Die Bayerische Vertretung ist das Sprachrohr Bayerns in Brüssel und wichtige Anlaufstelle für den gemeinsamen Austausch. Veranstaltungen wie unser Neujahrsempfang oder das Brüsseler Oktoberfest sind echte Fixpunkte im Jahr. Meine Kolleginnen und Kollegen aus dem Kabinett und ich reisen regelmäßig nach Brüssel, um im persönlichen Gespräch mit den Verantwortlichen vor Ort wichtige bayerische Anliegen zu adressieren. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter begleiten die Gesetzgebungsprozesse der EU von Anfang an. Sie informieren das Kabinett und die Ministerien über aktuelle Entwicklungen in der Europapolitik: Welche Vorschriften plant die Kommission? Wie ist die Haltung im Europäischen Parlament und im Rat der Mitgliedstaaten? Sie decken fachlich das breite Themenspektrum der Europapolitik ab. Die



Verleihungsveranstaltung TAE AWARD

Donnerstag
1. Februar 2024
München
17:30 - 20:30

**TAXPAYERS
ASSOCIATION OF EUROPE**

Veranstalter



Taxpayers Association of Europe
Rue d'Arlon 46
B-1000 Brüssel
info@taxpayers-europe.org

Kooperationspartner



Europäischer Wirtschaftssenat
Nymphenburger Str. 118
D-80636 München
info@eu-wirtschaftssenat.de

FESTAKT

Anlässlich der Verleihung des
Europäischen Steuerzahlerpreises
„TAE Award - European Bull“
Donnerstag, 1. Februar 2024, 17:30,
Hofbräukeller - Festsaal
Innere Wiener Straße 19, D-81667 München

Preisverleihung an

Dr. Magnus Brunner, LL.M
Bundesminister für Finanzen
der Republik Österreich

Michael Jäger
Präsident



PROGRAMM

Begrüßung

Michael Jäger
Präsident
Europäischer Bund der Steuerzahler
(TAE)

Laudatio

Eric Beißwenger, MdL
Staatsminister für
Europaangelegenheiten und
Internationales in Bayern

Preisverleihung

Festbeitrag

Dr. Magnus Brunner, LL.M
Bundesminister für Finanzen
der Republik Österreich

Schlusswort

Rolf Baron von Hohenhau
Präsident hon.
Europäischer Steuerzahlerbund (TAE)

Rolf Baron von Hohenhau
Präsident hon.

Antrittsbesuch und Meinungsaustausch



Antrittsbesuch mit Meinungs- und Informationsaustausch in der Staatskanzlei bei Eric Beißwenger, neuer Staatsminister für Europaangelegenheiten und Internationales in Bayern, Bildmitte, mit den Interessenvertretern der bayerischen und europäischen Steuerzahler, Rolf Baron von Hohenhau, Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern, rechts, und Michael Jäger, Präsident des europäischen Bundes der Steuerzahler. Der Dank galt dem neuen Europaminister unter anderem für die Zusage, europapolitische Anliegen der Verbände zu unterstützen. Foto: Maier

Die Vertreter des Bundes der Steuerzahler Rolf Baron von Hohenhau, Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern, Michael Jäger, Präsident des europäischen Bundes der Steuerzahler, und Rudolf G. Maier, Pressesprecher beider Organisationen, nutzten Antrittsbesuch und Meinungsaustausch mit dem neuen Europaminister Eric Beißwenger auch, um Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Sinne der bayerischen und europäischen Steuerzahler auszuloten. Staatsminister Beißwenger zeigte sich aufgeschlossen für Kooperationen beziehungsweise die Zusammenarbeit in Bereichen mit vergleichbarer Interessenlage. In Frage kommen die bayerische, deutsche und europäische Ebene, auch unter Einbeziehung des Steuerzahlerbüros in Brüssel. Er unterstütze die Stellen, die europapolitische Anliegen haben, von der Wirtschaft und Wissenschaft, über Verbände und Organisationen in allen Bereichen, so die Zusage des Europaministers. Rolf Baron von Hohenhau informierte über herausgehobene Beispiele konstruktiver Zusammenarbeit während der Jahrzehnte seiner Amtszeit als Präsident der europäi-

schen Steuerzahlerorganisation. Er bewertete den Informations- und Meinungsaustausch am Beginn der Amtszeit von Europaminister Beißwenger als die beste Voraussetzung, gute Ergebnisse im Sinne der Steuerzahler zu erreichen. Europapäsident Michael Jäger überreichte das aktuelle Positionspapier des Europäischen Bundes der Steuerzahler (Taxpayers Association of Europe TAE). Erfreulich auch die Zusage von Europaminister Beißwenger im Rahmen der Verleihungsveranstaltung TAE Award am 1. Februar 2024 in München die Laudatio auf Preisträger Dr. Magnus Brunner, LL.M. Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich, zu übernehmen sowie am 2. Februar in der Landesgeschäftsstelle des Bundes der Steuerzahler in Bayern an der gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundesminister Dr. Magnus Brunner teilzunehmen. Der abschließende Dank galt Europaminister Eric Beißwenger, der bereits beim ersten Gesprächstermin mit der Interessenvertretung der bayerischen und europäischen Steuerzahler die Bereitschaft zur Zusammenarbeit signalisiert habe.

Referentinnen und Referenten pflegen zudem enge Kontakte zu den Europäischen Institutionen, insbesondere zur Europäischen

Kommission, zu den Europaabgeordneten, zum Rat der Europäischen Union und zum Ausschuss der Regionen. Dabei und auf vie-

len Fachveranstaltungen in den Räumen der Vertretung bringen sie auch wichtige Anliegen des Freistaates ins Spiel und werben – etwa im Rahmen von Expertengesprächen, bei denen EU-Vertreter und Akteure aus dem Freistaat zusammengebracht werden – für die Positionen der Bayerischen Staatsregierung.

Klartext: Welchen Stellenwert hat für Sie die Zusammenarbeit mit den bayerischen Abgeordneten in Brüssel?

Eric Beißwenger: Einen enorm hohen Stellenwert. Bei meinem ersten Besuch als Europaminister in Brüssel am 14. und 15. November 2023 traf ich zuallererst den Fraktionsvorsitzenden der Europäischen Volkspartei, Manfred Weber, und sprach mit ihm über aktuell brisante EU-Themen – angefangen von der Asyl-/Migrationspolitik über das Gesetz zur Wiederherstellung der Natur bis hin zu den Herausforderungen in

„Wichtig ist mir der enge Schulterschluss und die damit verbundene frühzeitige Abstimmung im Hinblick auf die einzelnen EU-Gesetzgebungsvorhaben, so dass bayerische Anliegen beziehungsweise Positionen möglichst punktgenau eingebracht werden können.“

der EU-Verteidigungspolitik. Auch ein enger Kontakt zu den bayerischen Europaabgeordneten ist mir sehr wichtig. So konnte ich im Rahmen meiner ersten Brüsselreise gleich ein Gespräch mit den Abgeordneten der CSU-Europagruppe führen und den Fahrplan bis zur Europawahl näher diskutieren. Wichtig ist mir der enge Schulterschluss und die damit verbundene frühzeitige Abstimmung im Hinblick auf die einzelnen EU-Gesetzgebungsvorhaben, so dass bayerische Anliegen beziehungsweise Positionen möglichst punktgenau eingebracht werden können. Nur wenn die bayerischen Abgeordneten rechtzeitig über die inhaltlichen Knackpunkte aus Sicht der bayerischen Ministerien Bescheid wissen, können sie in den Ausschüssen oder im Plenum auch entsprechend agieren und bayerische Interessen vertreten. Gleichzeitig ist es für mich wichtig zu wissen, wie sich die politische Gemengelage in den Ausschüssen darstellt, so dass wir im legislativen Prozess bei den entscheidenden Punkten stets sprechfähig sind.

Klartext: Herr Staatsminister Beißwenger, vielen Dank für das Gespräch!

Der Euro – eine beispiellose Erfolgsgeschichte von Frieden und Wohlstand

Brossardt: „Digitaler Euro sinnvolle Ergänzung für die Zukunft“

Vor 25 Jahren, am 1. Januar 1999, trat für eine Reihe von EU-Mitgliedstaaten die Währungsreform in Kraft: Der Euro wurde als Buchgeld eingeführt. Drei Jahre später, Anfang 2002, löste der Euro dann zwölf nationale Währungen auch als Bargeld im täglichen Zahlungsverkehr ab, darunter auch die D-Mark. Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. sieht im Euro eine beispiellose Erfolgsgeschichte von Frieden und Wohlstand und zieht eine positive Bilanz.



Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw): „Insgesamt soll der digitale Euro die Abhängigkeit von außereuropäischen Digitalwährungen reduzieren und so den Wirtschaftsstandort Europa stärken.“ Foto: vbw

„Der Euro hat durch die Schaffung des europäischen Binnenmarkts, den Abbau von Handelshemmnissen und die Verminderung von Transaktionskosten die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen gegenüber ihren Konkurrenten weltweit gestärkt. Wachstum und Beschäftigung wurden in Europa gefördert und die Mitgliedsstaaten profitieren davon bis heute. Der Euro ist einer der Grundsteine für den Exporterfolg gerade auch unserer bayerischen Unternehmen“, so vbw Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt. Die vbw erwartet, dass die EU das weltweite Gewicht des Euro weiter ausbaut, auch angesichts der zunehmenden Unsicherheiten

im internationalen Handel. „Das erfordert einen stabilen Euro und eine strenge Haushaltsdisziplin“, erklärt Brossardt und ergänzt: „Zugleich muss sich der Euro weiterentwickeln. Wir brauchen den digitalen Euro, um Zahlungsvorgänge zwischen Unternehmen ebenso wie zwischen Unter-

nehmen und Endverbrauchern einfacher, schneller und billiger zu machen. Auch die Sicherheit von Bankguthaben würde davon profitieren.“ Insgesamt soll der digitale Euro die Abhängigkeit von außereuropäischen Digitalwährungen reduzieren und so den Wirtschaftsstandort Europa stärken. Die vbw legt Wert darauf, dass der digitale Euro Bargeld als Zahlungsmittel nicht ersetzt, sondern ergänzt und er sich stützend in unser bewährtes System einfügt. „Unsere soziale Marktwirtschaft basiert auf einer stabilen Geldordnung und einer starken Bankenlandschaft. Der digitale Euro hat das Potenzial, beides nochmals zu stärken“, so Brossardt abschließend.

Ausgezeichnete Arbeitgeber: HEALTH FOR ALL – Gesundheitssiegel für den Bund der Steuerzahler



Das geschützte Siegel bestätige öffentlichkeitswirksam, dass verantwortungsbewusste Arbeitgeber als innovatives Unternehmen in die Gesundheit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter investieren. Mit dem Gesundheitssiegel im Employer Branding Profil ist im Wettbewerb um qualifizierte Mitarbeiter ein Sonderstatus verbunden. Es signalisiere ein attraktives Arbeitsumfeld, in dem auch die Gesundheit der Beschäftigten eine wichtige Rolle spiele. Eine professionelle Unternehmens-Darstellung unter Einbeziehung des Siegels habe weitere Vorteile. Die Integration des HEALTH FOR ALL Gesundheitssiegels in die Unternehmensinformationen ermögliche durch seinen Bekanntheitsgrad öffentlichkeits-

wirksame positive Beachtung. Soweit ein Auszug der Verleihungsbegründung anlässlich der Übergabe des Gesundheitssiegels: Der Bund der Steuerzahler habe als angesehener Interessenverband den Nachweis erbracht, auch als Arbeitgeber verbandspolitische Grundsätze effizienter Interessenvertretung im eigenen Bereich anzuwenden. Im Bild, die Überreichung des Gesundheitssiegels durch den Beauftragten Senator h.c. Marco Scherbaum, Bildmitte, Europäischer Wirtschaftssenator (EWS), Mitglied des Bundes der Steuerzahler in Bayern, an Rolf Baron von Hohenhau, Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern, rechts, und Michael Jäger, Präsident des europäischen Bundes der Steuerzahler.

Auf die Wirtschaft kommt es an: Mittelstand und Handwerk zukunftssicher machen

Von Bernhard Loos

Über zwei Jahre ist es her, dass die Ampelregierung die sogenannte „Zukunftscoalition“ versprach und Olaf Scholz mit seiner „Respekt“-Kampagne Bundeskanzler wurde. Leider sind bis heute weder der Respekt noch eine zukunftsgerichtete Politik der Ampel zu sehen. Zur Halbzeit der Regierung muss man vielmehr festhalten: Schlechter als jetzt wurde die Bundesrepublik Deutschland wohl selten regiert. Täg-

den sollte, ist aber nur der bisherige Höhepunkt einer Reihe von Gesetzen, die weder einen Fortschritt für den Klimaschutz noch einen positiven Effekt für die Wirtschaft oder die Bürger bringen. Anstatt ein umfangreiches Sofortmaßnahmen-Paket für die Wirtschaft zu schnüren, die Migrationsprobleme zu lösen oder die Bildung zu stärken, diskutiert diese Regierung die Legalisierung von Cannabis, bastelt ein Selbstbe-

stoff in erster Linie die Bildung hat, nicht nur ein Affront gegen jede Logik, sondern eine Gefährdung unserer wirtschaftlichen Stärke, die auf den Ideen der klügsten Köpfe basiert. Anstatt Anstrengungen in Schule und Ausbildung zu stecken, erhöht die Ampel hingegen das Bürgergeld, wodurch die Motivation, überhaupt noch eine Arbeit anzunehmen, weiter torpediert wird. Anstatt Leistung zu fördern wird Nicht-Leistung in unserem äußerst generösen Sozialsystem belohnt, weswegen wir in der CSU bereits an einem Gesetz zum verfassungskonformen Lohnabstandsgebot arbeiten. Auch der vom Bundeskanzler jetzt aus purer Ratlosigkeit verkündete „Deutschlandpakt“ kann diese mitunter fragwürdigen Gesetze und ideologischen Irrwege nicht kaschieren.

Klar ist: Die letzten Jahre waren für alle eine enorme Herausforderung angesichts der Coronapandemie sowie des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine. Die Folgen beider Ereignisse wirken bis heute auf Inflation, den Fachkräftemangel, die Lieferketten und das gesellschaftliche Leben. Daher galt und gilt für uns als CDU/CSU-Frak-

„Wir sagen aber deutlich ‚Nein‘ zu Gesetzen, die den Wohlstand und den sozialen Frieden gefährden.“

tion im Bundestag: Gesetze, die einen positiven Effekt für die Bürger haben wie beispielsweise das Sondervermögen für die Bundeswehr zur Sicherheit unseres Landes, unterstützen wir in diesen schwierigen Zeiten. Wir sagen aber deutlich „Nein“ zu Gesetzen, die den Wohlstand und den sozialen Frieden gefährden. Leider wurden in den ersten zwei Jahren der Ampel oft genau solche Gesetze vorgelegt mit dem Ergebnis, dass vor allem unser Mittelstand, das Handwerk und die Wirtschaft einen massiven Abschwung erfahren und mittlerweile viele Unternehmen überlegen, ihren Sitz ins Ausland zu verlegen. Zugleich sehen wir einen noch nie dagewesenen Rückgang ausländischer Investitionen in Deutschland sowie ein wirtschaftliches Klima, in dem nahezu alle Verbände, Innun-



Bundestagsabgeordneter Bernhard Loos, CSU, Mitglied des Bundes der Steuerzahler für Bayern: „Nur mit Innovationen kann Deutschland auch wieder Vorreiter in der Entwicklung von Technologien werden. Um das Land zukunftssicher zu machen, ist eine starke Wirtschaft mit internationalen Leuchttürmen, einem stabilem Mittelstand sowie einem tatkräftigem Handwerk unersetzlich und verdient unsere volle politische Unterstützung.“

lich herrscht Streit zwischen den Ampel-Parteien, ständig gibt es Skandale, die früher schon längst einen Rücktritt zur Folge gehabt hätten, beispielsweise bei Innenministerin Nancy Faeser und der Kanzler verzichtet auf Führung, Sichtbarkeit und politische Ideen, die einen Bezug zur Lebenswelt der Menschen haben. In den Ministerien werden Gesetze mehr aus Ideologie als auf Basis von praktischem Sachverstand verfasst und im Bundestag jahrzehntelange parlamentarische Gepflogenheiten ignoriert, was sogar das Bundesverfassungsgericht im Rahmen der Verabschiedung des Gebäudeenergiegesetzes zum Einschreiten bewegt hat. Dieses Gesetz, das in Gänze zurückgenommen wer-

stimmungsgesetz, um das Geschlecht nach Wunsch wechseln zu können oder erlässt Werbeverbote für Milch, Joghurt und Käse, da solche Lebensmittel die Gesundheit der Kinder gefährden.

Hinzu kommt ein Anwachsen der Bürokratie durch neue Regulierungen, die insbesondere die unternehmerische Freiheit und den Arbeitsalltag aller Menschen massiv einschränken sowie ein Haushaltsentwurf für das kommende Jahr, in dem u.a. Kürzungen bei der Digitalisierung um unglaubliche 90 Prozent, in der regionalen Infrastrukturentwicklung, in der Bildung sowie in der Forschung vorgesehen sind. Kürzungen von Investitionen in die Bildung und Forschung sind in einem Land, das als Roh-

gen oder Handwerkskammern eine sofortige 180-Grad-Wende in der Wirtschaftspolitik von der Regierung fordern.

Im Zentrum der Kritik steht dabei in erster Linie der Wirtschafts- und Energieminister Robert Habeck. Es war abzusehen, dass der Philosoph und Kinderbuchautor nicht die beste Besetzung als Wirtschaftsminister sein wird. Dennoch überrascht es sogar die eigene Wählerschaft, mit welcher Vehemenz und Ignoranz er den Wirtschaftsstandort Deutschland von der Weltspitze in die Kreisliga führt. Vom einstigen Wachstumsmotor Europas transformieren wir zurück zum „kranken Mann“ und verzeichnen heute als einziges Industrieland weltweit ein Minus-Wachstum der Wirtschaft. Bereits jetzt gibt es 16 Prozent mehr Unternehmensinsolvenzen als im Vorjahr und der Kapitalabfluss ist auf dem höchsten Niveau seit über 20 Jahren. Schon 1 Prozent mehr Wachstum würde ca. 10 Milliarden Euro mehr an Steuereinnahmen bringen, die wir dringend für Investitionen in die Wirtschaft benötigen. Wachstum verzeich-

„Die Erzählung der Grünen, dass es nur mehr Windräder und Solarzellen für eine günstigere Stromversorgung braucht, ist längst ins Reich der Märchen gewandert.“

nen wir aber nur noch bei der Höhe der Steuern, der Menge an Bürokratie und den Kosten für Energie. Daher hat die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag zahlreiche Vorschläge eingebracht, um Unternehmen und Bürger schnell und einfach zu entlasten. So fordern wir bspw. eine sofortige Senkung der Strom- und Energiesteuer auf das europäische Minimum sowie einen Industriestrompreis, was beides bisher von der Ampel verweigert wird. Gerade die Energiekosten sind heute auch mit Blick auf das neue Heizgesetz sowie der Inflation ein existentieller Kostenfaktor, der beim Blick auf die Politik der Ampel nur noch bedrohlicher wird. Denn angesichts der politischen Fixierung auf die Elektrifizierung der Mobilität und der Energie fragen sich die Menschen zu Recht, wie die Kosten bei einer immer größer werdenden Nachfrage sinken sollen. Bereits jetzt sorgen die Importe von Flüssiggas aus arabischen Ländern, von Fracking-Gas aus Kanada oder von Atomstrom bei gleichzeitigem Abschalten unserer eigenen Kernkraftwerke für Kopfschütteln und bringen uns die höchsten Energiepreise in ganz Europa. Die Erzählung der Grünen, dass es nur mehr Windräder und Solarzellen für

eine günstigere Stromversorgung braucht, ist längst ins Reich der Märchen gewandert. Seit Monaten fordert die CDU/CSU-Fraktion deswegen höhere Investitionen in alle Energieformen von Wasserstoff bis hin zur Geothermie sowie eine grundsätzliche Technologieoffenheit im politischen Diskurs. Ein Industrieland wie Deutschland mit seinen vielen Tausend unterschiedlichen Unternehmen in der Automobil-, Chemie-, Stahl- oder Baubranche braucht sichere und bezahlbare Energie, keine ideologischen Experimente auf Kosten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer!

Neben den viel zu hohen Energiekosten sorgen die Inflation sowie der Fachkräftemangel für eine immer bedrückendere Situation bei Mittelstand und Handwerk. Seit Monaten kämpft die CSU in Berlin für eine Entlastungsoffensive sowie ein Belastungsmoratorium, bei dem alle Gesetze gestoppt und evaluiert werden, die noch mehr Bürokratie, Abgaben oder Verbote mit sich bringen. Dazu gehört bspw. die Reform der sog. „One-in-one-out-Regel“ zu einer „two-out-Regel“, um die Bürokratie zu entschlacken. Denn Unternehmen brauchen mehr Freiheit um zu wachsen, weswegen es auch eine Beschleunigung von Planungsverfahren, eine effiziente Digitalisierung mit der Beibehaltung des Digitalbonus sowie deutlich weniger Dokumentationszwang braucht. Bei den finanziellen Entlastungen haben wir längst ein ganzes Paket an Maßnahmen im Bundestag eingebracht wie bspw. die Abschaffung der kalten Progression, ein einmaliger Freibetrag bei der Grunderwerbssteuer oder die Beendigung des Solidaritätszuschlags. Für Unternehmen fordern wir zusätzlich den Abbau des sogenannten Mittelstandsbauchs durch Ausgleich der inflationsbedingten Mehrkosten im Steuertarif, den Verzicht auf Substanz- oder Vermögenssteuer sowie eine Reform der Unternehmenssteuer mit beispielsweise der Tarifabsenkung für im Betrieb behaltene (thesaurierte) Gewinne auf 25 Prozent. Dies unabhängig der Unternehmensform. Ebenso sollte die steuerliche Verlustverrechnung bei der Körperschaft- und Einkommensteuer auf fünf Jahre in die Vergangenheit ermöglicht werden.

Als CSU sagen wir klar: Keine weiteren Belastungen für Unternehmen wie für Arbeitnehmer. Deswegen müssen bspw. auch die Erbschaftssteuer regionalisiert und das vererbte Elternhaus von der Erbschaftssteuer befreit werden. Für Arbeitnehmer soll zudem die Pendlerpauschale ab dem 1. Kilometer auf 38 Cent erhöht sowie eine Steu-

erbefreiung für Überstunden eingeführt werden, was mit Blick auf den Fachkräftemangel Arbeit auch attraktiver macht. Denn um mehr neue Fachkräfte zu bekommen, müssen alle Potentiale ausgeschöpft werden, ob im eigenen Land oder bei der Anwerbung aus anderen Teilen der Welt: Schnellere Visa-Beantragungen und unkompliziertere Anerkennung von Abschlüs-

„Solides und bodenständiges Handwerk ist eine wesentliche Basis unserer Wirtschaft und verdient beste politische Bedingungen.“

sen, Vereinfachung und Digitalisierung der Verfahren mit deutschlandweit einheitlicher Verwaltungssoftware sowie deutlich mehr Investitionen in Sprachkurse (anstatt die Förderung von Sprach-Kitas für ausländische Kinder zu beenden, wie es die Ampel erst beschlossen hat) und mehr Geld für Schule und berufliche Bildung. Zusätzlich müssen Handwerk und Berufe ohne akademische Abschlüsse deutlich mehr Wertschätzung von der Politik bekommen. In Bayern soll dafür an den Schulen ein „Tag des Handwerks“ eingeführt und die Berufsbildungszentren des Handwerks noch besser finanziell gestärkt werden. Mit der Finanzierung des Meisterabschlusses wurde in diesem Jahr bereits ein wichtiger Meilenstein für die berufliche Bildung gelegt, die ebenfalls in ganz Deutschland eingeführt werden sollte. Solides und bodenständiges Handwerk ist eine wesentliche Basis unserer Wirtschaft und verdient beste politische Bedingungen. Dazu möchte die CSU in der kommenden Legislaturperiode auch eine weitere Initiative für den Ausbau von sog. „Technologietransferzentren“ starten, um Forschungsergebnisse aus den Hochschulen noch einfacher zugänglich für alle zu machen. Nur mit solchen Innovationen kann Deutschland auch wieder Vorreiter in der Entwicklung von Technologien werden. Um das Land zukunftssicher zu machen, ist eine starke Wirtschaft mit internationalen Leuchttürmen, einem stabilem Mittelstand sowie einem tatkräftigem Handwerk unersetzlich und verdient unsere volle politische Unterstützung. Umgekehrt braucht eine vernünftige Politik aus der Mitte und für die Mitte der Menschen die volle Unterstützung aus der Wirtschaft, um das Land gegen Ideologen oder Feinde unserer Demokratie zu schützen. Ich und die CSU stehen fest an der Seite der Unternehmer, des Mittelstands, der Gastronomie, der Selbstständigen und des Handwerks. Wo stehen Sie?

Dr. Wolfgang Schäuble und der Bund der Steuerzahler Dankbare Erinnerung

In den Nachrufen zum Tod des CDU-Politikers bestimmten angemessenen Superlative die Rhetorik. Kanzleramtschef, Fraktionschef, CDU-Chef, Bundesfinanzminister, Bundestagspräsident: Wolfgang Schäuble war nahezu alles, was in der deutschen Politik an hohen Ämtern zu vergeben ist. In seinem Wahlkreis hatte Schäuble 14 Mal



Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble hat in der Chronik „60 Jahre Bund der Steuerzahler in Bayern“ mit einem außergewöhnlichen Grußwort mit Dank und Anerkennung einen bleibenden und ehrenvollen Platz erhalten. Er hat sich in ganz besonderer Weise um die Steuerzahler verdient gemacht.

Foto: Kay Niefeld

hintereinander das Bundestags-Direktmandat geholt. Der Architekt der Einheit bezeichnete die Wiedervereinigung als bewegendsten Moment in seinem politischen Leben. Der Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern, Rolf Baron von Hohenhau, thematisierte in seinem Nachruf vielfältige Verdienste um die Steuerzahler. Und er erinnerte an ein außergewöhnliches Grußwort zum Jubiläum 60 Jahre Bund der Steuerzahler in Bayern. Für Bundesfinanzminister Dr. Schäuble sei der Bund der Steuerzahler in Bayern ein konstruktiver Begleiter auf dem Weg zu nachhaltigen Staatsfinanzen gewesen. In seinem Grußwort hatte er unter anderem festgestellt: „Wohlstand auf Pump ist keine Zukunftsalternative – der Bund der Steuerzahler hat dies in den vergangenen Jahren immer wieder zum Ausdruck gebracht. Solch mahnende Worte werden von der Politik – gerade in guten Zeiten – nicht immer gerne gehört. Es ändert jedoch nichts an der Richtigkeit der Aussage. Der Bund der Steuerzahler ist eine authentische Stimme von Millionen von Bürgern, die zu Recht vom Staat einfordern, sorgsam mit den ihm anvertrauten Mitteln umzugehen und die Zukunft des Gemeinwesens zu sichern. Ich spreche dem Bund der Steuerzahler in Bayern für die in den vergangenen 60 Jahren geleistete Arbeit Dank und Anerkennung aus.“ Es sei, so von Hohenhau, legitim, an diese Würdigung zu erinnern und gleichzeitig in Verbundenheit und Wertschätzung herzlich zu danken. Dr. Wolfgang Schäuble habe sich wie bisher kein anderer um die Steuerzahler verdient gemacht.

„MeinELSTER+“ ein voller Erfolg

Über 285.000 Downloads – Steuerklärung
noch schneller und komfortabler erledigen

„Schnell, einfach und komfortabel – die App ‚MeinELSTER+‘ ist ein voller Erfolg! In den ersten zehn Monaten verzeichnete die App bereits über 285.000 Downloads, Tendenz steigend! Jeder kann seine Belege und Dokumente unkompliziert mit dem Smartphone fotografieren, sammeln und individuell sortieren. Die spätere Steuererklärung wird dadurch deutlich erleichtert und langwieriges Suchen und Sortieren von Papierbelegen erspart. In den letzten Monaten wurden so über 1,6 Millionen Belege mit insgesamt fast 5 Millionen Seiten in der App hochgeladen“, freut sich Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

Die App „MeinELSTER+“ steht seit Februar 2023 für Android- und iOS-Geräte zum Download zur Verfügung. Im Google PlayStore wurde sie bisher rund 96.000 mal und im Apple AppStore rund 190.000 mal heruntergeladen. Mit Hilfe der App können alle wichtigen Belege, wie beispielsweise Rechnungen für Werbungskosten, das ganze Jahr über direkt bei Erhalt fotografiert und anschließend schnell und einfach für

„Im Portal ‚MeinELSTER‘ stehen vielfältige Serviceleistungen zur Verfügung, etwa der Abruf von Steuerdaten, die der Finanzverwaltung vorliegen.“

die nächste Einkommensteuererklärung im Benutzerkonto bei „Mein ELSTER“ abgelegt und sortiert werden. Mithilfe einer Texterkennungssoftware werden die Belege von der App gescannt und die für die Steuererklärung relevante Werte direkt herausgefiltert. Außerdem gibt es einen hilfreichen Chat für Fragen rund um „ELSTER“.

Im Portal „Mein ELSTER“ unter www.elster.de können nach der Registrierung nicht nur elektronische Steuerklärungen sicher eingereicht werden. Es stehen auch vielfältige weitere Serviceleistungen zur Verfügung, etwa der Abruf von Steuerdaten, die der Finanzverwaltung vorliegen. Diese können dann einfach per Mausklick in die Steuererklärung übernommen werden. Gleichzeitig besteht die Möglichkeit, Nachrichten an das Finanzamt zu senden – schnell, unkompliziert und direkt ohne Papier und Post. Dieses Serviceangebot wurde durch die App „MeinELSTER+“ erweitert.

Das Verfahren „ELSTER“ wird in Bayern im Auftrag des Bundes und der Länder im Vorhaben „KONSENS“ entwickelt. Die Finanzierung erfolgt durch Bund und Länder gemeinsam.



Informationen zur App „MeinELSTER+“ sind zu finden unter www.elster.de.

Dipl.-Ing. Peter Erl: „Wir werden es nicht schaffen...“ Falsche Signale an Migranten und Schleuser

Dipl.-Ing. (FH) Peter Erl, mittelständischer Bauunternehmer, Bezirksvorsitzender der Mittelstandsunion Niederbayern, seit Jahrzehnten Mitglied des Bundes der Steuerzahler in Bayern, spricht bekannterweise Klartext. Im aktuellen Interview übt er

Klartext: Herr Erl, Sie haben Ihr kommunalpolitisches Engagement aufgegeben und sind dafür verstärkt in der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) tätig. Im September 2023 wurden Sie mit großem Ver-

ter der Finanznot der Ampelkoalition geschuldet vornehmen möchte, werden das Problem nicht lösen. Diese Entwicklung in Richtung soziale Hängematte spielt den radikalen Kräften in die Hände, wie aktuelle Umfragen zeigen.



Diplom-Ingenieur (FH) Peter Erl, Bauunternehmer, Bezirksvorsitzender der Mittelstandsunion Niederbayern, seit Jahrzehnten Mitglied des Bundes der Steuerzahler in Bayern: „In Berlin wird ein unvorstellbares Massaker durch die Hamas durch eingebürgerte Radikale mit der Verteilung von Süßigkeiten gefeiert. Der Rechtsstaat ist nicht in der Lage diese Leute auszuweisen. Der Rechtsstaat lässt weitgehend kriminelle Großfamilien ihren Geschäften nachgehen. Der Rechtsstaat lässt es zu, dass radikale Demonstranten auf unseren Straßen den Gottesstaat ausrufen können. Die Bürger wehren sich in der Wahlkabine. Wer diese Entwicklung, die auch zu einem katastrophalen Ergebnis bei der Europawahl führen dürfte, weiter duldet, macht sich mitschuldig an den Gefahren, die auf unsere Demokratie zukommen.“

massive Kritik, nicht nur an der Regierungskoalition. Er wünsche am Beginn des neuen Jahres, dass sich politische Entscheidungsträger – egal welcher Partei – wieder besinnen, wer den Laden am Laufen halte, nämlich der Mittelstand, die Familienbetriebe und die arbeitende Bevölkerung. Es fehle eine Steuerreform, die diesen Namen verdient. Es fehle die Aufbruchstimmung nach den Corona-Jahren. Und es fehle – verständlich – der Optimismus in der Wirtschaft. Ganz oben auf der Sorgenliste stehe die nicht mehr zu bewältigende Migration. So hart es im Einzelfall sein mag, wer kein Bleiberecht habe, müsse in seine Heimat zurückkehren. Die Praxis beweise, dass es notwendig sei, die Merkel-Ankündigung „Wir schaffen das“ in Frage zu stellen und entsprechend zu handeln. Die Fragen stellte Chefredakteur Rudolf G. Maier.

trauensvotum in das Präsidium der MIT gewählt. Wir werden in „Klartext“ sicher noch öfter über Ihren vorbildlichen und erfolgreichen Einsatz für den Mittelstand informieren. Zunächst die Frage nach Ihren Beweggründen. Was ist die Triebfeder für Ihren auch öffentlichkeitswirksamen Einsatz für die Mittelständler?

Dipl.-Ing. (FH) Peter Erl, Bezirksvorsitzender Mittelstandsunion Niederbayern, Präsidiumsmitglied der MIT: Zunächst wünsche ich mir am Beginn des neuen Jahres, dass sich unsere Politiker – egal welcher Partei – wieder besinnen, wer den Laden am Laufen hält, nämlich der Mittelstand, die Familienbetriebe und die arbeitende Bevölkerung. Das neu eingeführte Bürgergeld trägt dieser Hoffnung leider in keiner Weise Rechnung. Die zu vernachlässigenden minimalen Korrekturen, die jetzt der Bundesarbeitsminis-

Klartext: Wie geht es Ihrem eigenen Betrieb?

Dipl.-Ing. Peter Erl: Leider sehe ich für das Jahr 2024 sehr dunkle Wolken. Wenn ich an meinen Betrieb denke, ist es der Fachkräftemangel, aber auch der Sturzflug der Bauwirtschaft. Das war vorhersehbar nach der Rücknahme der Förderungen und Ausweitung der Bürokratie mit den bekannten Gesetzen und Richtlinien. Ich verfolge mit Sorge den dilettantischen Ansatz, mit dem die Bundesregierung unterwegs ist. Es fehlt eine Steuerreform, die diesen Namen verdient. Es fehlt die Aufbruchstimmung nach den Coronajahren. Und es fehlt – verständlich – der Optimismus in der Wirtschaft. Die Ampelkoalition macht alles noch viel schlimmer. Dabei denke ich weniger an die Psychologie, sondern an eine katastrophale Realpolitik, mit Rahmenbedingungen, die wirtschaftliches Wachstum unmöglich machen.

Klartext: Sie haben jetzt einen Brandbrief mit der Schlagzeile: „Wir werden es nicht schaffen...“ an die Politprominenz von CDU und CSU verfasst. Was haben Sie unter anderem an Friedrich Merz, Dr. Markus Söder und Dr. Carsten Linnemann geschrieben?

Dipl.-Ing. Peter Erl: Mitverfasser des Briefes, den ich als Appell verstanden habe, war mein Freund Michael Darda, stellvertretender Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Niederrhein. Wir haben informiert, was die Bürgerinnen und Bürger auf den Straßen bei Versammlungen, auch an Stammtischen, kommentieren und diskutieren. Ganz oben auf der Sorgenliste steht die kaum mehr zu bewältigende Migration. Wir haben die Gründe angesprochen, warum Deutschland für immer mehr Menschen, die keine Chance haben bleiben zu können, das Traumziel geworden ist. Es geht nicht um Fremdenfeindlichkeit, sondern es geht schlicht und einfach darum, dass in der Praxis unsere Gemeinden bei aller Hilfsbereitschaft nicht mehr in der Lage sind, die Flüchtlingsflut zu bewältigen. Wir müssen leider feststellen, dass es Ampelparteien

gibt, die Begrenzungsmaßnahmen als unmenschlich ablehnen. Wir befürchten, wie es die Umfragen zeigen, ein böses Erwachen für diese naive Einstellung. So hart es im Einzelfall sein mag, wer kein Bleiberecht hat, muss in seine Heimat zurückkehren.

Klartext: Zu Ihrer Feststellung: „Wir werden es nicht schaffen...“, womit begründen Sie diese Prophezeiung?

Dipl.-Ing. Peter Erl: Natürlich besteht auch der Eindruck, dass auch CSU/CDU zu wenig dazu beitragen, um das aufziehende Unheil entschieden zu verhindern. Wir machen an die Union gerichtet den Vorschlag, sich öffentlich von der Äußerung von Kanzlerin Merkel „Wir schaffen das“ zu distanzieren. Das ist notwendig, um eine spürbare Kehrtwende einzuleiten. Wir schaffen es tatsächlich nicht. Das zeigt die Realität in den Gemeinden und Landkreisen. Wenn wir ernsthaft und spürbar diese Entwicklung korrigieren, können wir auch verlorenes Vertrauen zurückgewinnen. Der Zuspruch, den die AFD in den Umfragen genießt, ist ein gefährlicher Beweis für die Richtigkeit unserer Warnung.

Klartext: Herr Erl, gibt es neben so düsteren Prognosen auch Lichtblicke?

Dipl.-Ing. Peter Erl: Ich sehe weit und breit keine, die diese Bezeichnung rechtfertigen. Friedrich Merz hat sich gelegentlich getraut, mit „Klartext“ zu argumentieren. Aber das ist zu wenig. Bis heute werden die falschen Signale an Migranten und Schleuser übermittelt. Deutschland, das Schlaraffenland für alle – auf Kosten der Mittelschicht sowie als Folge immer höhere Abgaben. Das Prinzip, den wirklich Bedürftigen, den wirklich Verfolgten, den wirklich vom Krieg Bedrohten zu helfen, muss die Ausnahme bleiben. Wenn wir es nicht schaffen dieses Prinzip einzuhalten, ist es nicht ausgeschlossen, dass Radikale auch bei Wahlen künftig die Mehrheit stellen.

Klartext: Welche Vorschläge machen Sie, um die Verhältnisse zu korrigieren beziehungsweise die Situation zu verändern?

Dipl.-Ing. Peter Erl: Wie weit wir mit dem grenzenlosen Zuzug gekommen sind, zeigen die Demonstrationen gegen Israel und die Juden auf unseren Straßen. Da wird in Berlin ein unvorstellbares Massaker durch die Hamas durch eingebürgerte Radikale mit der Verteilung von Süßigkeiten gefeiert. Der Rechtsstaat ist nicht in der Lage diese Leute auszuweisen. Der Rechtsstaat lässt weitgehend kriminelle Großfamilien ihren Ge-

Landwirtschaft muss entlastet statt belastet werden

Agrarpolitische Sprecherin Ruth Müller (SPD), MdL, kritisiert Haushaltspläne des Bundes

„Da muss sich noch was ändern“, kommentiert die agrarpolitische Sprecherin der BayernSPD-Landtagsfraktion die Sparpläne für den Bundeshaushalt 2024 der Ampel, die von den Spitzen vorge-



Landtagsabgeordnete Ruth Müller, SPD-Generalsekretärin und stellvertretende Vorsitzende der BayernSPD-Landtagsfraktion: „Corona und der Krieg in der Ukraine haben uns gezeigt, wie wichtig die Ernährungssouveränität ist. Das dürfen wir nicht aufs Spiel setzen“, warnt die Agrarpolitikerin. Foto: Maximilian König

stellt wurden. Die kurzfristigen Verhandlungen waren nötig geworden, weil durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts eine Finanzierungslücke im Bundeshaushalt und im Klima- und Transformationsfonds (KTF) entstanden ist. Für das Jahr 2024 ging es um 17 Milliarden Euro, die durch die nun gefundenen Lösungsvorschläge gedeckt werden sollen.

schäften nachgehen. Der Rechtsstaat lässt es zu, dass radikale Demonstranten auf unseren Straßen den Gottesstaat ausrufen können. Die Beispiele lassen sich fortsetzen. Die Bürger wehren sich in der Wahlkabine. Wer diese Entwicklung, die auch zu einem katastrophalen Ergebnis bei der Europawahl

Auch der Landwirtschaftsbereich ist von den Sparplänen betroffen, so Müller: „Die Agrardieselbeihilfe und die Kfz-Steuerbefreiung für landwirtschaftliche Betriebe sollen gestrichen werden, was ein Gesamtvolumen von rund 900 Millionen Euro umfasst“. „Im Vergleich zu anderen Bereichen wird die Landwirtschaft unverhältnismäßig stark zur Konsolidierung der Bundesfinanzen belastet“, so Müller. Für unsere Betriebe – auch in Niederbayern – bedeutet das eine zusätzliche Be-

„Dabei muss man auch im Blick haben, dass alle anderen EU-Nachbarländer Agrartreibstoff subventionieren.“

lastung in schwierigen Zeiten und wird am Ende zu höheren Preisen bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern führen und einen Wettbewerbsnachteil für unsere bäuerlichen Betriebe nach sich ziehen. Müller ist bereits im Gespräch mit ihren Bundestagskollegen, um Verbesserungen zu erreichen. Die Zuständigkeit für beide Themen liegt im Bundesfinanzministerium. Dieses muss nun einen konkreten Vorschlag ausarbeiten. Dabei müsse man auch im Blick haben, dass alle anderen EU-Nachbarländer Agrartreibstoff subventionieren. „Corona und der Krieg in der Ukraine haben uns gezeigt, wie wichtig die Ernährungssouveränität ist. Das dürfen wir nicht aufs Spiel setzen“, warnt die Agrarpolitikerin.

führen dürfte, weiter duldet, macht sich mitschuldig, wenn – wie von einem bekannten Sozialdemokraten behauptet – Deutschland dabei ist, sich abzuschaffen.

Klartext: Herr Erl, vielen Dank für das Interview.

Steuerzahler Präsident Rolf Baron von Hohenhau: „Die Proteste sind berechtigt – Wir dürfen unsere Bauern nicht im Regen stehen lassen“

Auf dem Höhepunkt der Bauernproteste richtete der Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern Rolf Baron von Hohenhau einen dringenden Appell an Politik und Bevölkerung, die bayerischen Bauern in der jetzigen Situation nicht im Regen stehen zu lassen.

Die aktuellen Proteste der Landwirte seien – so Präsident von Hohenhau – die logische Konsequenz aus einer jahrzehntelangen Politik zulasten der kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe. Allein in Bayern mussten seit 2005 dreißigtausend landwirtschaftliche Betriebe geschlossen werden. Nehme man einen längeren Zeitraum,



Rolf Baron von Hohenhau, Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern: „Die Bauern haben die Unterstützung und Solidarität durch den Bund der Steuerzahler verdient. Die Proteste sind berechtigt. Wir werden die bayerischen Bauern bei ihrem Kampf ums Überleben nicht im Stich lassen. Der Bund der Steuerzahler fordert den Bundeskanzler auf, mit einem Machtwort die nicht gerechtfertigten defakto Steuererhöhungen zurückzunehmen.“

so haben sich die landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern halbiert.

Die Gründe hierfür seien vielfältig. Ständig neue Auflagen in den Bereichen Tierhaltung, Klimaschutz, Umweltschutz. Insgesamt eine überbordende Bürokratie, die die Landwirtschaft schwerstens behindere. Hinzu kommen laufend steigende Preise in allen wesentlichen Kostenbereichen, insbesondere bei der Energie. Auch die bevorzugte Förderung der Großbetriebe belastet die bäuerlichen Strukturen.

Der Bund der Steuerzahler fordere bereits seit Jahren, eine Abkehr von der einseitigen

Objektförderung zur Subjektförderung um den einzelnen bäuerlichen Existenzen wirkungsvoll unter die Arme greifen zu können.

Die Politik lernt nicht aus den Fehlern der Vergangenheit

Anscheinend haben die Verantwortlichen nichts aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt, kritisiert von Hohenhau: „Welche Folgen dies letztendlich für die Bevölkerung bedeute, haben wir in der Vergangenheit gesehen, als fahrlässig der Atomausstieg und der zögerliche Ausbau anderer Energieformen zu dramatischen Energiepreissteigerungen geführt habe, welche unsere gesamte Industrie gefährdet haben.“ Dasselbe sei passiert, als die Politik nachlässig zugehört habe, wie ganze Branchen, beispielsweise die Chipherstellung, die Pharmaindustrie, die Herstellung wesentlicher Zuliefererteile für unsere Industrie ins Ausland abgewandert seien. Eine vergleichbare Entwicklung in der Landwirtschaft mit weiter verstärkten Importen werde zwangsläufig zu höheren Preisen für Nahrungsmittel, zu weniger Kontrolle über deren Qualität und unter Umständen auch zu deutlichen Engpässen führen.

Neben der Nahrungsmittelproduktion seien gerade die bayerischen Landwirte in hohem Maße verantwortlich für die Landschaftspflege. Die Erhaltung unserer Landschaft sei ein wesentlicher Faktor für die Tourismusbranche und diene der bayerischen Bevölkerung sowie Gästen aus aller Welt als Erholungsraum. Diese Aufgabe erfüllten die bayerischen Bauern kostenlos, obwohl damit auch erhebliche Arbeitsleistungen verbunden seien. Eine 40 Stunden Woche reiche für landwirtschaftliche Betriebe nicht aus.

Fazit des Steuerzahlerpräsidenten

„Statt die Bauern jetzt noch mehr zu belasten und weitere Existenzen zu gefährden, sollte sich die Politik in Berlin Gedanken darüber machen, wie die Wirtschaftlichkeit der ländlichen Betriebe so gesichert werden kann, dass auch in Zukunft junge Landwirte bereit und in der Lage sind, die Betriebe ihrer Eltern zu übernehmen. Der Bund der Steuerzahler in Bayern unterstützt die Bauern und fordert den Bundeskanzler auf, mit einem Machtwort die ungerechten Kürzungen zurückzunehmen.“

Füracker: Landwirte dürfen nicht durch Haushaltschaos der Bundesregierung belastet werden

Nur teilweise Einlenken der Bundesregierung – Agrardiesel-Erstattung muss dauerhaft erhalten bleiben



Finanz- und Heimatminister Albert Füracker: „Unsere Land- und Forstwirte dürfen nicht das von der Ampel eigens verschuldete Haushaltschaos bezahlen müssen!“

Foto: Thomas Langer

„Die Bundesregierung hat ihren schweren Fehler endlich erkannt – aber leider nur teilweise: Der Erhalt der KFZ-Steuervergünstigung in der Land- und Forstwirtschaft ist nicht nur richtig, sondern dringend erforderlich. Aber die Abschaffung der Agrardiesel-Erstattung ist völlig inakzeptabel, auch als Stufenkonzept! Die Agrardiesel-Erstattung muss dauerhaft erhalten bleiben. Unsere Land- und Forstwirte dürfen nicht das von der Ampel eigens verschuldete Haushaltschaos bezahlen müssen! Die Landwirtschaft ist für unser Land und die Menschen von enormer Bedeutung, hier darf es keine Einschnitte geben – die Branche ist ohnehin massiv gefordert“, betont Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

Mit der ursprünglich von der Ampelregierung geplanten Abschaffung der Agrardiesel-Erstattung sowie der KFZ-Steuervergünstigung in Land- und Forstwirtschaft wären durch den Bund völlig überstürzt für Land- und Forstwirte knapp eine Milliarde Euro an Hilfen jährlich gestrichen worden.

Rudolf G. Maier – Geburtstagsglückwünsche

Die Passauer Neue Presse würdigte ausführlich 57 Jahre journalistische Mitarbeit: „Hoch ist der Stapel der Glückwunschscheiben, die aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens bei ihm eingehen. Ein Indiz dafür, dass da ein Journalist Geburtstag feiert, der sich viel Ansehen erworben hat. Inzwischen ist Rudolf G. Maier seit 50 Jahren auch Chefredakteur von „Klartext“, der Verbandszeitung des Bundes der Steuerzahler, sowie des Gesundheitsmagazins „Kurzeitung Bad Füssing“, bereits im 54. Jahrgang. Als Pressesprecher fungiert der



Dank, Anerkennung und öffentliche Würdigung für Rudolf G. Maier, Chefredakteur der Zeitschrift „Klartext“ und Pressesprecher des bayerischen und des europäischen Bundes der Steuerzahler.

Jubilär sowohl für den bayerischen als auch für den europäischen Bund der Steuerzahler, für die Johannesbad-Unternehmensgruppe am Standort Bad Füssing sowie für den Europäischen Wirtschaftssenat. Sein beruflicher, vor allem jedoch der ehrenamtliche Einsatz, fanden vielfache Anerkennung, beispielsweise mit der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse oder dem Bayerischen Verdienstorden. Öffentlich beachtet wurden die Glückwünsche von Klaus Holetschek, Vorsitzender der CSU-Fraktion, auch unter Einbeziehung der Zusammenarbeit aus der Zeit als Staatsminister für Gesundheit und Pflege: „Seit vielen Jahrzehnten begleiten Sie das politische Handeln – nicht nur, aber insbesondere auch – im Freistaat kritisch und bleiben dabei immer konstruktiv. Unsere Gesellschaft, unser demokratisches Miteinander lebt von engagierten Persönlichkeiten wie Sie eine sind. Dafür danke ich Ihnen“. Besondere

Glückwünsche kamen von den Repräsentanten des Bundes der Steuerzahler in Bayern, dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates, Hans Podiuk, sowie von Präsident Rolf Baron von Hohenhau: Maier habe sich als Chefredakteur der Zeitschrift „Klartext“, Pressesprecher und Leiter der Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Bun-

beigetragen. Hans Podiuk fasste die anerkennende Würdigung zusammen: „Wir danken für die Unterstützung der Verbandsarbeit in über 50 Jahren. Der Jubilar hat es in dieser Zeit als verantwortlicher Chefredakteur ohne Unterbrechung geschafft, jeden Monat die allseits anerkannte und geschätzte Verbandszeitung herauszubringen.

Der Bayerische Ministerpräsident



Dr. Markus Söder, MdL

Sehr geehrter Herr Maier,

herzliche Gratulation zu Ihrem Geburtstag!

Sie haben sich vielfach um den Freistaat Bayern verdient gemacht. Als langjähriger Pressesprecher des Bundes der Steuerzahler in Bayern setzen Sie sich tatkräftig für die Interessen Ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger ein. Mit Ihrem verantwortungsvollen Journalismus bereicherten Sie unser demokratisches Gemeinwesen. Und als Mitbegründer der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und Initiator der Städtepartnerschaft zwischen Pocking und Metulla förderten Sie nachhaltig die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Bayern und Israel.

Dafür Dank und Anerkennung und alles Gute für das neue Lebensjahr!

Mit freundlichen Grüßen

des der Steuerzahler in Bayern in inzwischen 52-jährigem Engagement besondere Verdienste erworben. Der Jubilar habe in seinen Funktionen maßgeblich zu einer konstruktiven Gestaltung des Verhältnisses und gegenseitigen Verständnisses zwischen Steuerzahlern und Finanzverwaltung

Maier hat damit die Anliegen der Verbandspolitik im Sinne der Steuerzahler mit vorbildlichem Journalismus einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht. Wir setzen darauf, dass Rudolf G. Maier in den genannten Funktionen den Bund der Steuerzahler auch in Zukunft unterstützen wird.



Mitgliedsbetriebe stellen sich vor

Hoch'Alp Spezialitätenhandel

Würziger Käse durch lange Reifezeit

„Wenn's mal würziger sein darf“ lautet das Motto der Hoch'Alp, denn nicht nur geschmacklich unterscheiden sich deren Käsesorten von vielen anderen. Durch die lange Reifezeit, die bis zu zwei Jahre dauern kann, erhalten die besonders bekömmlichen Spezialitäten ihren würzigen Geschmack. Ein wahrer Gaumenschmaus tut sich den Käseliebhabern beim Genuss der über 80 Sorten auf. Die Rohmilch kommt von Sennalpen und kleinen Sennereien aus dem Allgäu und Vorarlberg. Vor allem Gras und Heu mit vielen Bergkräutern bildet die Nahrungsgrundlage der Kühe, die die Milch liefern. Daraus resultiert ein hoher Anteil gesunder und wertvoller Omega-3-Fettsäuren.

Aus der silofreien Rohmilch wird in reiner Handarbeit am Kupferkessel ein Bergkäse von höchster Qualität hergestellt, den man in der Hoch'Alp fachgerecht affinert. Neben Schnittkäse, Hart- und Weichkäse sowie Ziegen- und Schafskäse finden die Kunden auch hochwertige Produkte aus dem Metzgerei-Sortiment. Dazu zählen unter anderem Hirsch- und Bergschinken, Rindersalami, Kaminwurz, Ochsenstangerl sowie Wildspezialitäten aus der Region. Artgerechte Tierhaltung liegt den Betreibern des traditionellen Familienbetriebs besonders am Herzen.

Probiert's es dann spürt's es

In den beiden Hoch'Alp Käsehäusern in Buching, – direkt an der Romantischen Straße (B17) – und in Lechbruck in der Ortsmitte werden die Köstlichkeiten angeboten. Besonders beliebt ist der würzige Liebeskäse sowie die milde Almsünde. Appetitlich präsentiert, staunt der Kunde angesichts des breiten Sortiments, das sich vor ihm auftut.

Käse per Post wird cool verpackt

Die Käseliebhaber, die nicht den direkten Weg in die Geschäfte nehmen können, lassen sich die Spezialitäten aus dem Online-Shop schicken. Durch die neue Kühlverpackung kann Hoch'Alp seine Kunden das ganze Jahr über mit den frischen Spezialitäten beliefern.

Catering vom Feinsten

Kulinarische Genüsse zum Firmenevent oder der privaten Feier liefert die Hoch'Alp. Mit einem Käsebuffet, einer Käseplatte

oder einem Brotzeiteller sorgen die Gastgeber für zufriedene Gäste bei der Veranstaltung.

Der Weg ins Feinkostgeschäft

Die Hoch'Alp beliefert Feinkostgeschäfte, Käsehandlungen und Marktbesucher mit ihrem Käsesortiment. So landen die Allgäuer Spezialitäten auch weit über die Region hinaus auf den Tellern der Feinschmecker.



Hoch'Alp Spezialitätenhandel
Müller & Ott GbR

Bahnhofstr. 7
D-86983 Lechbruck am See

Tel. +49 (0) 8862 91 16 89
Fax +49 (0) 8862 98 79 199

info@hochalp.com
www.hochalp.com

www.hochalp.com

Allgäu

genial regional
Weil Gutes aus der Nähe kommt.

HOCH'ALP
Käsehaus



Lechbruck
Flößerstr. 12



Buching
Romantischestr. 8

Dank und Anerkennung für Jubiläumsmitglieder im Januar / Februar 2024

Ehrungen und die Abstattung des Dankes an über Jahrzehnte hinweg treue und aktive Mitglieder sind gleichzeitig der Beweis für den Zusammenhalt und die Grundüberzeugung, dass es in der Bundesrepublik Deutschland eine Organisation geben muss, die sich kontrollierend, sachverständig und durchsetzungsstark für Steuergerechtigkeit, Steuervereinfachung und tragbare, an der Leistung orientierte Besteuerungsgrundlagen einsetzt. Es sind an erster Stelle die Jubiläumsmitglieder, die sich seit 40, 45, 50, 55, 60, 65 oder sogar 70 Jahren dafür einsetzen, den Bund der Steuerzahler zu einer schlagkräftigen Interessenvertretung zu machen. Symbolisch werden Dank und Anerkennung durch die Überreichung einer Ehrenurkunde im Rahmen der Informationsveranstaltungen des Bundes der Steuerzahler zum Ausdruck gebracht. Darüber hinaus haben Landesvorstand und Verwaltungsrat beschlossen, monatlich in der Verbandszeitung „Klartext“ eine Seite als Ehrentafel für verdiente Jubiläumsmitglieder vorzusehen und ihnen damit auch in aller Öffentlichkeit herzlich zu danken. Diese Treue könne, so Präsident Rolf von Hohenhau, nicht hoch genug gewertet werden und er stellt die Frage: „Was wäre der Bund der Steuerzahler ohne seine engagierten, treuen Mitglieder, die über viele Jahrzehnte hinweg den Verband unterstützen und noch mehr durch die aktive Mitgliedschaft Verbandserfolge erst ermöglichen?“ Das herzliche Dankeschön gelte deshalb allen Mitgliedern, die in diesem Monat ihr Jubiläum als Mitglied des Bundes der Steuerzahler begehen können. Den Verbandsjubilaren gelte der Dank und die besondere Anerkennung, verbunden mit den besten Wünschen von Vorstand und Verwaltungsrat des Bundes der Steuerzahler in Bayern.

70 Jahre Januar

Dipl.-Ing. Hans Dobler Nabburg

65 Jahre Januar

EIGNER Bauunternehmung GmbH Nördlingen
Steinmetz Brenner GmbH Augsburg
Rudolf Neumann GmbH & Co. KG Schmuck- u. Metallwarenfabrik Kaufbeuren
Burkhard Volbers Kitzingen
Curt Gabler Bauspezialartikel Bayreuth
J. K. Engelbrecht GmbH Nürnberg
Stempfl Verkehrsges.mbh Reisebüro Ingolstadt
Scheitza OHG Großhandlung Ingolstadt
Nestmann Pharma GmbH Zapfendorf
Hans Röser Weinkellerei Kitzingen

60 Jahre Januar

Christof Gietl u. Sohn GmbH Zentralheizungsbau Nabburg
Ehem. Brauerei Stadt Hamburg
Otto Langenmayr GmbH & Co. KG Kempten
Otto Haas KG Gummi- und Kunststoff Fabrik Nürnberg
Schumacher Packaging GmbH Werk Ebersdorf
Ebersdorf b.Coburg
SKC Gleittechnik GmbH Rödental
Bösl Erdbeerplantagen Erbdorf
Panzer Shopconcept GmbH & Co. KG Erbdorf

55 Jahre Januar

Dr. Küffner & Partner GmbH Wirtschaftspr.- u. Steuerberatungsges. Landshut
Abel + Ruf GmbH Mercedes-Benz Verkauf + Service Donauwörth
Altmann GmbH & Co. KG München
Franz Mitterreiter GmbH Radio Elektro Tacherting
M. Krumtüngrer GmbH & Co.KG Gold und Silberwaren Rosenheim
Agostino Pagotto Rialto-Eis-Café Kolbermoor

50 Jahre Januar

SAV Krenbauer GmbH Hohenbrunn
Josef Rackl Inh. Wolfgang Allinger Neumarkt i.d.OPf.

45 Jahre Januar

Dr. med. Helmut Müller Arzt für Urologie Bernried

Rudolf Stieglitz Maschinenbau GmbH Augsburg
Steinhart Fliesen GmbH Dasing
Stimmer + Sohn GmbH Autoreparaturwerkstätte München
Monika Fischer MF Modepavillon München
Albert & Josef Schick GmbH & Co. KG Vertragshandel Adam Opel Kirchdorf a. Inn
Dieter Glas Kfz.-Meisterbetrieb Simbach a. Inn
Druckerei Täuber Kasendorf
Handschuh GmbH Bedachungsunternehmen Schweinfurt
Hugo Weber GmbH Heizung-Schlosserei Bayreuth
Johann Hitz GmbH Textile Dienstleistungen Fürth
Zimmerei Kirschner GmbH Neudrossenfeld
Lichtinger Bau GmbH Mengkofen
Schilling Transport GmbH Mainstockheim
Wenninger Möbelwerkstätten GmbH Postau
Adolf Bescherer Schmiede und Installation Röslau
Friedrich Edmüller Baumschule Kirchdorf a. Inn
Hermann Rind Steuerberater Schonungen-Marktsteinach
Jürgen Schlehaider Daimler Benz-Vertr. Simbach a. Inn
Kurt Nagelstutz Primavital Apotheke zur Post OHG Mengkofen
Siegfried Lehner Bauunternehmen Mengkofen
Uwe Grünthaler Bäckerei-Lebensmittel Neukirchen b.Sulzbach-Rosenberg
Werner Herrmann Handelsvertretung Wendelstein
Thomas Huber Schreinerei Griesstätt

40 Jahre Januar

Krämer Geo.F. GmbH Spezialfabrik Augsburg
Lichtpauserei Richard Opitz Inhaber Franz Opitz Augsburg
Müscha Alu-Guß GmbH & Co. KG Thierhaupten
Margot Feix Sanitätshaus Nördlingen
Leonhard Griener Metzgerei Lauingen (Donau)
Gerlinde Weber Steuergeliffin Denkendorf
Weck-Holz GmbH Leonberg
Parkhotel Stopp OHG Bad Füssing
Marion Schwenger Würzburg
Hans Beiderbeck Salching-Oberpiebing

Klaus Dickel Patentanwalt München
Cordula Asam Krankengymnastin Freising
Wilhelm Puchtler Malerbetrieb Eichstätt
Dr. Walter Ziss HNO-Arzt Freising
Fotosatz Reinhold Türk GmbH C/O Mulzer-Türk München
Alwin Sopp W.+A. Sinzker KG München
Walter Schön GmbH Formenbau Heroldsberg
Siegfried Eberl Heizung-Installation-Solar Kirchdorf
ASEN GmbH Herrn Alois Asen Thurmansbang
Schreyer GmbH Haustechnik Pfreimd
Walter Altmann Fliesen-Marmor Bernried
Walter Wittmann Waldmünchen
AudioVideum e.K. Inh. Norbert Stengel Nürnberg
Anderka GmbH Bauunternehmen Haag i.OB
Hoffmann OHG Bad Aibling
Matthäus Oppacher & Sohn Frischbeton GmbH & Co. KG GF
Hr. Hans Oppacher Taching a. See - Tengling

70 Jahre Februar

Erich Jacob GmbH Sperrholzfabrik Grub a. Forst-Zeichhorn

65 Jahre Februar

Spindler Kartonagen GmbH & Co. KG Tettau
Helmut Bauhof Neue-Apotheke Neustadt a.d.Aisch
Anton Harlacher Landwirt Donauwörth
Hertel & Co. GmbH Kartonagen Bayreuth
Nordbräu Ingolstadt GmbH & Co. KG Ingolstadt
Max Sondermayer GmbH Stahlbau München
Erwin Müller Erwin Müller Versandhaus GmbH Buttenwiesen
Salus Haus Dr. med. Otto Greither Nachf. GmbH & Co. KG Bruckmühl
Autohaus Fuchs Inh. Werner Fuchs Uffenheim

60 Jahre Februar

Leokadia Feldmann-Kolbeck Hausverwaltung Feldmann München
Dieter Ditschke Textilpflege Fladungen
Wilhelm Wiedemann Ebrach

Wigand Drescher GmbH & Co. KG Bronzefarben Fürth
Johann Eichhammer Kelheim

55 Jahre Februar

Hans Eisen GmbH Bau - Eisen Heidenheim-Hohenrüdigen
Kolb GmbH Mechan. Werkstätte Fremdingen
Neureiter GmbH Baugeschäft Fremdingen
Thannhauser Straßen- und Tiefbau GmbH Fremdingen
Karl Schmidt Bau-GmbH Dittenheim
Klaus Eisgruber Landw. Lagerhaus Zolling
Christian Margreiter GmbH Verkehrsunternehmen Nußdorf
Thomas Russwurm Auto Russwurm Amerang
Unterholzer Metallbau GmbH Töging a.Inn
Josef Fischer Sägewerk Nußdorf a. Inn
Josef Stöttner Kunst-Glaseri Prien a. Chiemsee

50 Jahre Februar

Sportmoden Strigl Fr. Andrea Kaindl Füssen
Peter Merkl Präzisionssteilefertigung Gilching-Neugliding
Günther Zirngibl Immobilien Agentur Mittenwald
Willi Götz Haus der Geschenke Amberg

45 Jahre Februar

Hans Podiuk Stadtrat a.D. München
Kastenhofer Funktechnik GmbH Augsburg
Breunig & Sauer München
Franke Naturstein GmbH Rott a. Inn
Jürgen Werner Korbimport GmbH Lichtenfels-Schney
Raab + Thiele Kühl- und Klimatechnik GmbH München
Vinzenz Zöttl Bäckerei-Konditorei GmbH & Co. KG München
Bernhard Riederer Steuerberater Unterföhring
Peter Mayerhörmann Peißenberg
Dörsch + Leibl GmbH & Co. Klimatechnik KG Erlangen
Frank - Sanitärtechnik Buttenheim
Geyer - Farben Tapeten-Bodenbeläge Kulmbach
Josef Pirzer Lebensmittel Schwandorf

Rank Bauunternehmen GmbH Kitzingen
Reinhard Schimmer GmbH Münzen-Briefmarken Nürnberg
Albert Fischer Sprengerei-Installationen Triftern
Helmut Altenhöfer Bäckerei-Lebensmittel Hausen b.Würzburg
Ludwig Süß Metzgerei Kirchenlamitz
Ludwig Höckestaller Spedition GmbH Eiselfing
Schmidt GmbH Floristengroßhandel Triftern

40 Jahre Februar

Bäckerei Götz Tapfheim
Heinrich Abele Marien-Apotheke e.K. Schrobenhausen
Dr.med. Klaus Wittmann Facharzt für Innere Medizin Augsburg
Jürgen Sroka Würzburg
Roitmayr GmbH Sportserv.f.Porsche Oberhaching
Ingenieur-Karl-Richter-Stiftung München
Autohaus Griesbek GmbH Hr. Braun Roth
Interprecise Donath GmbH Obermichelbach
Herbert Emmer Metzgerei - Gasthof Treffelstein
Engelbert Wolf GmbH Schreinerei Bruckmühl-Heufeld
Gasteiger Bäckerei Kirmair Glonn
Rohregger Gebäudetechnik GmbH Anzing
Gisela Lechner Salon Gisela Chieming
Anton Stahuber Heizung-Installation Bruckmühl-Kirchdorf
Thomas Wimmer Transporte Babensham
Streblov Steuerberatungsgesellschaft mbH Kleinostheim
Herbert Stenger Schreinermeister Krombach
Baudisch Zahntechnik GmbH & Co.KG Weilheim i.OB
LOHO Elektromaschinen GmbH Murnau a. Staffelsee
MÜHOGA Münchner Hochgaragen GmbH München
Thomas Sarnow Kfz-Ersatzteile Wiesböck Bruckmühl-Heufeld
Josef Lex Baugeschäft Grabenstätt-Höring
Dipl.-Betriebswirt Stefan Schwaiger Steuerberater Irschenberg
Buchfink GmbH Heizung-Sanitär Schwandorf
Georg Lechle Metzgerei Landsberg am Lech

Impressum

Herausgeber

Bund der Steuerzahler, Landesverband Bayern, Nymphenburger Straße 118, 80636 München, Telefon (0 89) 12 60 08-0, Fax (0 89) 12 60 08-27, www.steuertzahler-bayern.de, E-Mail: presse@steuertzahler-bayern.de

Chefredakteur

Rudolf G. Maier, Tettenweiser Straße 1, 94060 Pocking, Telefon (0 85 31) 45 77, Fax (0 85 31) 4 19 74, www.pressebuero-rgmaier.privat.t-online.de, E-Mail: pressebuero.rgmaier@t-online.de

Verlag

Service-Gesellschaft mbH für den Bund der Steuerzahler in Bayern e. V., Sendlinger-Tor-Platz 10, 80336 München, Telefon (0 89) 12 85 79, Fax (0 89) 12 71 39 11, www.service-gmbh-bayern.de, E-Mail: info@service-gmbh-bayern.de

Satz

Passavia Druckservice GmbH & Co. KG, Medienstraße 5b, 94036 Passau, Telefon (08 51) 96 61 80-783, Fax (08 51) 96 61 80-919, E-Mail: sarah.brunner@passavia.de

Anzeigen (verantwortlich)

Service-GmbH für den Bund der Steuerzahler in Bayern e. V., Postfach 19 08 25, 80608 München, Telefon (0 89) 12 85 79, Fax (0 89) 12 71 39 11, E-Mail: info@service-gmbh-bayern.de

Herstellung

Dierichs Druck+Media GmbH & Co. KG, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel
Titelgestaltung: Passavia Druckservice GmbH & Co. KG, Sarah Brunner, sarah.brunner@passavia.de

Foto Titel Bayerische Staatskanzlei/Matthias Balk